

Freiwilliger Zivildienst: Verstaatlichung wäre falsch

Deutscher Kulturrat fordert Rücknahme der Vorschläge zum staatlichen Freiwilligendienst

Berlin, den 25.08.2010. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, kritisiert die Vorschläge von **Familienministerin Kristina Schröder, MdB** (CDU) zum freiwilligen Zivildienst.

Die schon seit Jahren etablierten Freiwilligendienste im Kulturbereich leisten einen wertvollen Beitrag für die Bildungsbiografie von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Meist wird ein Freiwilliges Jahr zwischen der Schulbildung und dem Eintritt in die Ausbildung oder ein Studium absolviert. Der Deutsche Kulturrat hat bereits in seiner Resolution Jugendfreiwilligendienste stärken und ausbauen (Juni 2010) die Stärkung der Jugendfreiwilligendienste gefordert und eine **Übertragung** der Aufgaben im Bereich der Freiwilligendienste an das **Bundesamt für den Zivildienst** entschieden **abgelehnt**. Der Deutsche Kulturrat hat zugleich eine Erhöhung der bisherigen Platzanzahl auf 11.000 Einsatzstellen für das Freiwillige Soziale Jahr Kultur gefordert, um dem Ansturm der Bewerber gerecht zu werden.

Die geplante Reformierung des Wehrdienstes macht eine Umstrukturierung des Zivildienstes erforderlich. Nun hat das **Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)** den **Vorschlag unterbreitet, einen bundesweiten freiwilligen Zivildienst zu schaffen**. Erklärtes Ziel ist es, etwa 35.000 Freiwillige pro Jahr zu gewinnen. Im Unterschied zu den bisherigen Freiwilligendiensten sollen die Einsatzplätze für den freiwilligen Zivildienst bundeszentral nach einheitlichen Kriterien anerkannt werden. Es liegt nahe, dass das Bundesamt für den Zivildienst, das seine originäre Aufgabe verlieren wird, zuständig werden soll.

Der Deutsche Kulturrat lehnt die Einrichtung des **freiwilligen Zivildienstes unter staatlicher Zuständigkeit** ab. Besonderes Merkmal der Freiwilligendienste ist die Staatsferne. Darüber hinaus wird durch den geplanten freiwilligen Zivildienst eine **Konkurrenzsituation** zu den bestehenden und etablierten **Freiwilligendiensten** der freien Träger geschaffen.

Der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, **Olaf Zimmermann**, sagte: Die Vorschläge von Familienministerin Kristina Schröder zur Schaffung eines staatlich organisierten freiwilligen Zivildienstes lehnen wir entschieden ab. Freiwilliges Engagement im Kultur- und Bildungsbereich sollte nicht verstaatlicht werden. Die bisherigen Jugendfreiwilligendienste zeichnen sich durch das Primat der Freiwilligkeit und die Trägerschaft durch zivilgesellschaftliche Organisationen aus. Der von Ministerin Schröder geplante freiwillige Zivildienst widerspricht dieser zivilgesellschaftlichen Verankerung. Vielmehr gilt es, die bestehenden und sehr gut arbeitenden Strukturen der freien Träger weiter zu fördern. Es kann nicht sein, dass Jugendliche und junge Erwachsene den freien Trägern vom Staat abgeworben werden. In diesem Fall belebt Konkurrenz ganz sicher nicht das Geschäft.

-
-

Die Resolution des Deutschen Kulturrates **Jugendfreiwilligendienste stärken und ausbauen** kann im Internet abgerufen werden.

○

